

**Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung zur Förderung nachhaltiger
Mobilität, Teilaktion Radverkehrsanlagen und -infrastruktur aus Mitteln
des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)**

gemäß der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nachhaltiger
Mobilität – Radverkehrsanlagen und -infrastruktur“ (Förderrichtlinie); RdErl. des MLV
vom 01.10.2018 – 37.3.3-06502 (MBI. LSA Nr. 35/2018 vom 08.10.2018) und RdErl. des
MLV vom 10.07.2019 (MBI. LSA Nr. 27/2019 vom 29.07.2019) sowie den in Nr. 1. dieser
Förderrichtlinie genannten Rechtsgrundlagen

Erstantrag/ . Änderung*

(Antragsteller/in)	(PLZ, Ort)	(Datum)
--------------------	------------	---------

Landesverwaltungsamt
Referat 307
307.d
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

(Bewilligungsbehörde)

Bezeichnung des Vorhabens (Vorhaben-Nr.):

Ihre Mitteilung über die Förderung nachhaltiger Mobilität, Teilaktion Radverkehrsanlagen
und -infrastruktur aus EFRE-Mitteln (2014 – 2020)

vom: _____ Az.: _____

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung: _____, Telefon: _____.

Ich/Wir beantrage/n zur Durchführung des o. a. Vorhabens eine Zuwendung aus Mitteln des
Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

1. Das Vorhaben soll

- im Haushaltsjahr _____
 in den Haushaltsjahren _____ bis _____

nach den beiliegenden Unterlagen durchgeführt werden.

Ich/Wir plane/n, den ersten der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsver-
trag am _____ abzuschließen und beabsichtige/n, das Vorhaben am _____
zu beenden.

*) Nichtzutreffendes bitte streichen, Zutreffendes bitte ankreuzen

Im Einzelnen sind folgende Unterlagen beigefügt*:

- Entwurfsunterlage Vorentwurf und/oder Feststellungsentwurf gem. Richtlinien zum Planungsprozess und für die einheitliche Gestaltung von Entwurfsunterlagen im Straßenbau (RE), Ausgabe 2012
einschließlich Bedarfsnachweis nach den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) gem. Nr. 2.3 Förderrichtlinie; die Möglichkeiten zur Vernetzung des Vorhabens mit dem örtlichen Angebot des ÖPNV sind darzustellen (Nr. 6.4 Förderrichtlinie)
- Nachweis über die CO₂-Reduzierung pro kg und Jahr gem. Nr. 4.4 u. Absatz 4 Nr. 7.1 Förderrichtlinie
- Eingriffsgenehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde
- Wasserrechtliche Genehmigung
- Angaben über den Stand des Grunderwerbs einschl. Nachweise
- Wertermittlungsgutachten für das/die zu erwerbende/n Grundstück/e
- Stellungnahme des/der zuständigen Behindertenbeauftragten gemäß §§ 7 Abs. 3, 25 des Behindertengleichstellungsgesetzes Sachsen-Anhalt vom 16. Dezember 2010 und Nr. 6.3 Förderrichtlinie
- Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde gem. Nr. 6.1 Förderrichtlinie
- Auszug aus dem Haushaltsplan (Projekt-Nr., Buchungs-Nr., Haushaltsstelle usw.)
- Angaben über die Höhe Beiträge Dritter
- Verwaltungsvereinbarungen, Kreuzungsvereinbarungen
- Genehmigungsverträge mit Versorgungsunternehmen
- Stellungnahme der zuständigen Verkehrsbehörde bei Veränderungen an der Straßenbeleuchtungsanlage (Bestätigung der Notwendigkeit aus Gründen der Verkehrssicherheit)
- Stellungnahme der zuständigen Verkehrsbehörde hinsichtlich einer/keiner Benutzungspflicht (VwV zu § 2 Abs. 4 StVO)
- tabellarische Auflistung der Ingenieurverträge und jeweils eine Kopie des Vertrages
- sonstige vorhabenspezifische Unterlagen:
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -
 -

*) Nichtzutreffendes bitte streichen, Zutreffendes bitte ankreuzen

Anlage 1: Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben nach Jahresscheiben

Anlage 2: Rechtsverbindliche Erklärung – Unterschriftskarte

Folgende Unterlagen werden nachgeliefert: _____ Lieferdatum: _____

-

-

-

-

-

2. Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben

Bauausgaben laut Kostenberechnung nach der Anweisung für die Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen (AKVS 2014-ARS des BMVI 9/2015, in der jeweils geltenden Fassung):

	_____	EUR
Hiervon sind abzusetzen:		
(1) sonstige nicht zuwendungsfähige Bauausgaben:	_____	EUR *)
(2) Erlöse aus der Veräußerung anfallender Stoffe, sonstiger Wertersatz usw.	_____	EUR *)
insgesamt abzusetzen	_____	EUR
zuwendungsfähige Bauausgaben (Zwischensumme 1)	_____	EUR
Planungsausgaben (einschließlich Bauleitung, örtliche Bauüberwachung und ggf. Ausgaben für den Nachweis der fachtechnischen und wirtschaftlichen Angemessenheit):		
(Zwischensumme 2)	_____	EUR *)
Grunderwerb laut Kostenermittlung nach AKVS 2014:		
(Zwischensumme 3)	_____	EUR *)
Ausgaben aufgrund behördlicher Anordnungen:		
(Zwischensumme 4)	_____	EUR *)
Summe zuwendungsfähiger Ausgaben aus Zwischensummen 1 bis 4:		
(Zwischensumme 5)	_____	EUR *)
von Zwischensumme 5 max. 10 v. H. mögliche zuwendungsfähige Ausgaben Grunderwerb		
(Zwischensumme 6)	_____	EUR *)
<input type="checkbox"/> falls Zwischensumme 6 > Zwischensumme 3, dann weiter mit Zwischensumme 5		
<input type="checkbox"/> falls Zwischensumme 6 < Zwischensumme 3, dann Summe zuwendungsfähige Ausgaben aus Zwischensummen 1 + 2 + 4 + 6:		
(Zwischensumme 7)	_____	EUR *)

*) Nichtzutreffendes bitte streichen, Zutreffendes bitte ankreuzen

Somit betragen die zuwendungsfähigen Ausgaben:

(Zwischensumme 8 = Zwischensumme 5 oder 7) _____ EUR

Hiervon sind abzusetzen:

(1) die darauf entfallenden Anteile aus Beiträgen Dritter nach dem Bundesfernstraßengesetz (FStrG), dem Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA), dem Eisenbahnkreuzungsgesetz usw., folgepflichtige Sondernutzungsberechtigte (z. B. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz), Sonstige: _____ EUR *)

(2) nach dem Baugesetzbuch (BauGB), Kommunalabgabengesetz (KAG LSA): _____ EUR *)

insgesamt abzusetzen _____ EUR

Somit betragen die zuwendungsfähigen Ausgaben: _____ EUR *)**3. Finanzierungsplan**

3.1 Die Gesamtausgaben des o. a. Vorhabens betragen: _____ EUR

Die zuwendungsfähigen Ausgaben betragen: _____ EUR

Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

(1) Zuwendung aus Mitteln des EFRE (bis zu 90 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben): _____ EUR

(2) Beiträge Dritter, nämlich

_____	:	_____	EUR
_____	:	_____	EUR
_____	:	_____	EUR
_____	:	_____	EUR
_____	:	_____	EUR
_____	:	_____	EUR

insgesamt: _____ EUR

(3) Eigenmittel des Antragstellers:

Investitionsraten des ordentlichen Haushalts: _____ EUR

Entnahme aus Rücklagen: _____ EUR

Kredite: _____ EUR

Sonstige Finanzierungshilfen von: _____ EUR

_____ EUR

_____ EUR

zur Verstärkung der Eigenmittel des Antragstellers _____ EUR

mithin insgesamt: _____ EUR

*) Nichtzutreffendes bitte streichen, Zutreffendes bitte ankreuzen

3.2 Für das Haushaltsjahr 20 _____ sind Leistungen mit folgendem Wertumfang vorgesehen:

Gesamtausgaben: _____ EUR
 davon zuwendungsfähige Ausgaben: _____ EUR

3.3 Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt:

Haushaltsjahr	Investitionsmittel insgesamt	Zuwendungsbetrag
20	EUR	EUR
20	EUR	EUR
20	EUR	EUR
20	EUR	EUR
20	EUR	EUR

4. Zuständige Stellen

für die Baudurchführung, die Mittelbewirtschaftung und den Verwendungsnachweis:

5. Bankverbindung:

Kreditinstitut: _____
 Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____
 IBAN: _____ BIC: _____

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben werden versichert, explizit o. g. Finanzierungsplan, eine Doppelförderung ist damit ausgeschlossen.

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nachhaltiger Mobilität – Radverkehrsanlagen und -infrastruktur“ (RdErl. des MLV vom 01.10.2018 - 37.3.3-06502), veröffentlicht im MBl. LSA Nr. 35/2018 vom 08.10.2018 (Änderung gem. RdErl. des MLV vom 10.07.2019 - 37.3-3-06511), ist mir/uns bekannt und wird als verbindlich anerkannt.

Ich/Wir bestätige/n, dass mit dem Vorhaben gem. Nr. 4.1 Förderrichtlinie noch nicht begonnen wurde.

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antragsvordruck geforderten Angaben zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 VO [EU] Nr. 2016/679 [Datenschutz-Grundverordnung], § 4 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der EU übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und

*) Nichtzutreffendes bitte streichen, Zutreffendes bitte ankreuzen

21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII VO (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches i. d. F. der Bek. vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.4.2007 (BGBl. I S. 513), in der jeweils geltenden Fassung sind. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes (SubvG) vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) in der jeweils geltenden Fassung bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind.

Subventionserhebliche Tatsachen sind solche, die durch Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt – SubvG LSA - vom 9.10.1992, GVBl. LSA S. 724 in der jeweils geltenden Fassung, i. V. m. § 4 SubvG.

Insbesondere werde ich/werden wir jede Abweichung von den in § 3 SubvG erwähnten Angaben unverzüglich der die Bewilligung erteilenden Behörde oder Stelle mitteilen.

Ich bestätige/Wir bestätigen, dass das Vorhaben weder innerhalb des Bewilligungszeitraumes noch innerhalb des Zeitraumes der Zweckbindungsfrist Nettoeinnahmen erwirtschaftet (Art. 61 und 65 Abs. 8 VO (EU) Nr. 1303/2013 sowie Art. 15-19 VO (EU) 480/2014).

In den im Antrag gem. Nr. 2 und Nr. 3 angegebenen Ausgaben ist die Umsatzsteuer enthalten (Bruttoveranschlagung). Ich bestätige/Wir bestätigen, dass ich/wir **nicht** zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) i. d. F. der Bek. vom 21.2.2005 (BGBl. I S. 386), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 13.12.2006 (BGBl. I S. 2878), in der jeweils geltenden Fassung, für die o. g. Maßnahme berechtigt bin/sind.

Die Erklärung

- Anlage 2: Rechtsverbindliche Erklärung – Unterschriftskarte

habe ich/haben wir rechtsverbindlich unterschrieben als Anlage zum Antrag beigefügt.

(rechtsverbindliche Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes bitte streichen, Zutreffendes bitte ankreuzen